



## Ohne Kuranyi zur WM

Bundestrainer Löw verzichtet auf Schalcker Stürmer.

Seite 17

## Polizei fahndet nach Bomber vom Times Square

Nach dem missglückten Bombenanschlag in New York fahnden die Ermittler nach einem 40 Jahre alten Mann.

Seite 14

## Tag der Arbeit bewegt auch im OP-Video

In bewegten Bildern zeigt die OP-Videoredaktion die wichtigsten Szenen der Mai-Kundgebung in Marburg.

Das Video bei uns im Internet

## Grüne an der Spitze

Stefanie Fritz ist neue Asta-Chefin.

Seite 2



Dienstag, 4. Mai 2010

www.op-marburg.de

144. Jahrgang, Nr. 102 - G 5419 - Einzelpreis Euro 1,40

## Guten Morgen!

Dem Internet-Routenplaner blind vertraut haben zwei Au-pair-Mädchen aus Georgien, die sich am Sonntag mit ihren Fahrrädern auf eine Autobahn bei Winsen/Luhe verirrt haben. Die beiden 23-Jährigen kamen aus Hamburg und wollten nach Uelzen radeln, um dort den Hundertwasser-Bahnhof zu besichtigen. Weil sie im Internet nur allgemein die kürzeste Fahrstrecke zwischen beiden Orten abgefragt hatten, wurde ihnen der Weg auf die A250 angezeigt. Dort wurden beide nach zwei Kilometern von der Polizei gestoppt – glücklicherweise unverseht, wie die Beamten berichteten.

## TAGESSCHAU

### DIE WELT

#### Bundeswehrosoldaten bei Kundus angegriffen

Zum ersten Mal seit dem blutigen Karfreitag von Kundus ist wieder eine Bundeswehrpatrouille in der nordafghanischen Unruheprovinz mit Waffen angegriffen worden.

Seite 13

### HESSEN

#### Giftspritze gegen die Maikäferplage

Im südhessischen Pfungstadt wird die Maikäferplage mit einem Insektizid aus dem Hubschrauber bekämpft.

Seite 16

### BÖRSE

**DAX**  
6 166,92 (+ 31,22)  
**DOW JONES**  
11 151,83 (+ 143,22)  
**EURO**  
1,3197 (- 0,0097)

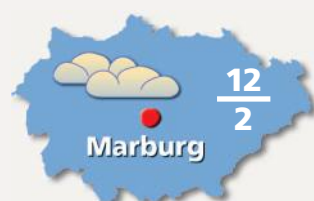
Seite 22

### SPÄTMELDUNG ++22.47++

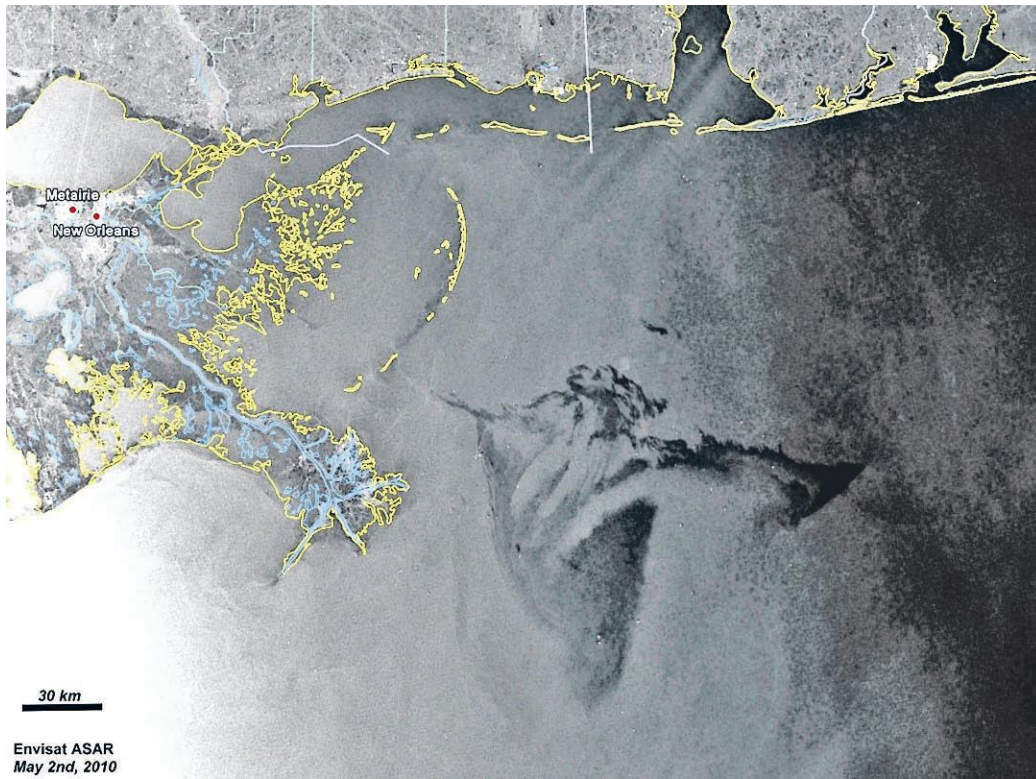
#### Vulkanasche: Irland sperrt Luftraum

**Dublin.** Wegen eines neuerlichen Risikos für den Flugverkehr durch Vulkanasche aus Island wird heute der Luftraum über Irland ab 08.00 Uhr (MESZ) für mindestens sechs Stunden teilweise gesperrt. Das kündigte die irische Luftfahrtbehörde gestern Abend an. Demnach zieht eine neue Aschewolke von Island südwärts in Richtung Irland.

### WETTER



Seite 29



Envisat ASAR  
May 2nd, 2010

## Ölpest könnte BP Milliarden kosten

**London.** Eine Aufnahme des europäischen Satelliten Envisat zeigt den Ölteppich im Golf von Mexiko (Foto: ESA). Naturschützer befürchten im Golf von Mexiko die größte Umweltkatastrophe in der Geschichte der USA. Auf den britischen BP-Konzern könnten nach Ansicht von Experten Milliardenkosten für

den Kampf gegen die drohende Ölkatastrophe vor der US-Küste zukommen. Das Unternehmen erklärte sich bereit, Kosten zu übernehmen, wollte sich aber nicht auf einen Betrag festlegen. US-Präsident Barack Obama hatte am Sonntag bei seinem Besuch in der Krisenregion BP für die Ölpest verantwortlich ge-

macht. Er bekräftigte, „BP wird die Rechnung dafür bezahlen“. Ein BP-Sprecher sagte gestern in London, „es ist zu früh, um eine Summe abzuschätzen.“ Die Zeitung „Financial Times“ rechnete aus, dass dem Ölkonzern Kosten von bis zu 8 Milliarden Dollar drohen könnten.

Seite 28

## Parlament lehnt Aufarbeitung des Falles Gutmann ab

**Amöneburg.** Am späten gestrigen Abend lehnten es Amöneburgs Stadtverordnete ab, dass sich der Magistrat mit den Hintergründen der Vorwürfe gegen den ehemaligen Stützschulleiter Dr. Josef Gutmann auseinandersetzt. In den vergangenen Wochen hatten mehrere Opfer Gutmanns von heftigen Prügel-Attacken berichtet, die sie in den 1950 bis 1970er Jahren ertragen

mussten. Der Magistrat wollte prüfen, ob die Misshandlungen Anlass geben, die Dr. Josef-Gutmann-Straße umzubenennen. Sechs SPD-Abgeordnete stimmten dem Prüfungsantrag zu, während ihn die Vertreter von CDU, AWG und FWG aus verschiedenen Gründen ablehnten. Die Auffassung, Schläge seien einst „normal“ gewesen, war ein Grundtenor. (Bericht folgt)

## Feuerwehrreferent verurteilt

Rechnungen gefälscht, um „Russland-Projekt“ zu finanzieren

**Marburg.** Der ehemalige Bildungsreferent des hessischen Landesfeuerwehrverbandes wurde vom Arbeitsgericht Marburg zu einer Schadensersatzzahlung in Höhe von 6 000 Euro verurteilt.

Der Mann, der fast 40 Jahre beim Landesfeuerwehrverband beschäftigt war, soll durch Fälschungen insgesamt 26 000

Euro vom Verband kassiert haben. Er gab an, dass dieses Geld für Partnerschaftsabkommen und Feuerwehr-Projekte in Russland verwendet wurde. Richter Hans Gottlob Rühle sprach im Gespräch mit dieser Zeitung über dubiose Privatgeschäfte. Das so genannte Russland-Projekt basiere nicht auf Beschlüssen des Landes-

feuerwehrverbandes. Ein Zeuge, der frühere stellvertretende Jugendfeuerwehrwart Hessens, bestätigte diesen Eindruck.

Der ehemalige Bildungsreferent hatte seinem früheren Arbeitgeber bereits 22 000 Euro zurückzahlen müssen und wurde auch vom Strafgericht wegen Urkundenfälschung verurteilt.

Seite 3

## Kanzlerin Merkel schwört die Deutschen ein

Kabinetts beschließt Hilfe für Griechenland · Bund zahlt 22,4 Milliarden Euro innerhalb von drei Jahren

Mit einer Vielzahl von Medienauftritten hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gestern die Griechenland-Hilfe der Europäischen Union und die deutsche Beteiligung daran erläutert.

von Reinhard Urschel

**Berlin.** Zugleich warb Merkel um Verständnis dafür. Es sei eine Notsituation entstanden, weil Griechenland keinen Zugang mehr zu Finanzmärkten habe und die Stabilität des Euro damit gefährdet sei, sagte die Kanzlerin nach einer Sondersitzung des Kabinetts in Berlin. Der deutsche Anteil beläuft sich auf 22,4 Milliarden Euro innerhalb von drei Jahren. In diesem Jahr sollen 8,4 Milliarden an Hil-

fe geleistet werden, in den beiden kommenden Jahren dann zusammen 14 Milliarden.

Flankierend zur Griechenland-Hilfe strebt die Bundesregierung eine gemeinsame Haltung der Parteien für eine wirksame Finanzmarktregulierung an. Merkel verabredete nach eigenen Angaben mit den Fraktionschefs im Bundestag, dass bis Ende der Woche ein gemeinsamer Entschließungsantrag erarbeitet werden solle. Die Griechenland-Krise zeige, dass die derzeitige Finanzmarktregulierung „Spekulationen ungewollter Art noch nicht verhindert“. Hier müsse es weitere Fortschritte geben, sagte Merkel und verwies unter anderem auf eine Bankenabgabe auf europäischer Ebene. Ziel sei es, den Entschließungsantrag am Freitag parallel zu der Griechenland-Hilfe im Bundestag zu verabschieden. **Seiten 13 und 15**



Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) unterrichtete nach der Sondersitzung des Kabinetts die Medienvertreter über den Ausgang des Treffens. Foto: Wolfgang Kumm







Die Einsatzsachbearbeiter Harry Schulz (rechts) und Andreas Sohn gehören zum Team des neugebauten Gefahrenabwehrzentrums am Kreishaus. Sie sitzen vor den Monitoren der modernsten Rettungsleitstelle Hessens. Foto: Uwe Brock

# Landkreis feiert, Stadt arrangiert sich

Heute Einweihung des Gefahrenabwehrzentrums: Rettungsleitstelle für Marburg-Biedenkopf

Von 1993 an war die Rettungsleitstelle Marburg-Biedenkopf provisorisch in den Räumen der Hauptfeuerwache Marburg untergebracht. Seit vier Wochen gibt es eine ganz neue Situation.

Fortsetzung von Seite 1  
von Carina Becker

**Marburg.** Es ist die modernste Rettungsleitstelle in Hessen. Das Gefahrenabwehrzentrum (GAZ), das der Landkreis in den vergangenen Monaten fertigstellte, ist seit dem 1. April die Rettungsleitstelle für den gesamten Landkreis. Sämtliche Notrufe aus Marburg-Biedenkopf gehen dort auf 26 Leitungen ein und werden zusammengeführt, die Alarmierung aller Feuerwehren erfolgt von dort aus.

Den Bau des GAZ, in dem der Krisenstab für Marburg-Biedenkopf im Notfall zusammen-

treten wird, hat der Landkreis sich etwas kosten lassen: um die zwei Millionen Euro. Enthalten sind in dieser Summe die Kosten von rund 644 000 Euro für die Sanierung eines bestehenden Altbaus, auf den die GAZ-Räume aufgestockt wurden.

Das GAZ ist und bleibt ein Politikum. Diskutiert wurde vor allem vor dem Baubeginn, aber auch während der Bauarbeiten. Und noch jetzt, nach seiner Eröffnung, liefern das GAZ und die Folgen seiner Erbauung reichlich Diskussionsstoff.

Über den nun vollzogenen Standortwechsel der Rettungsleitstelle, deren Aufgaben der Landkreis der Stadt im Jahr 1993 übertragen hatte, wurde vor einigen Jahren im Kreistag heftig gestritten – und auch zwischen Kreis und Stadt herrschte dicke Luft. Es ging um die Kosten. Die Stadt warb mit geringeren Umbaukosten für den eigenen Standort am Erlernen oder auf dem ehemaligen EAM-Gelände in Gisselberg. Doch nach Einschätzung des Regierungspräsidiums Gießen wären diese Standorte bei einem Jahrhun-

dert-Hochwasser nicht sicher gewesen. Heute, gut vier Wochen nach der Inbetriebnahme des GAZ erfolgt seine offizielle Einweihung. Viele Gäste, darunter Politiker von hohem Rang, haben ihr Kommen angekündigt. Egon Vaupel (SPD), Oberbürgermeister der Stadt Marburg, wird nicht dabei sein. „Das ärgert mich sehr“, betont Vaupel, der heute durch die städtischen Haushaltsberatungen gebunden ist. Der Oberbürgermeister hätte das GAZ sicherlich ganz besonders kritisch unter die Lupe genommen, denn er ist davon überzeugt, dass der Landkreis einen Fehler gemacht hat. „Das GAZ ist an seinem Standort weder die kostengünstigste noch die zweckmäßigste Lösung“, sagt er und fügt sogleich an, dass er nicht nachtreten wolle, „meine Argumente sind ja schon lange bekannt.“

Argumente in Sachen GAZ – Landrat Robert Fischbach (CDU) hat sie auch. Im Ge-

„Das GAZ ist weder die günstigste noch die zweckmäßigste Lösung.“  
Egon Vaupel, OB in Marburg

spräch mit dieser Zeitung rechnet er vor, dass der Landkreis durch den GAZ-Neubau künftig Rettungsdienst und Katastrophenschutz kostengünstiger erbringen kann. 687 000 Euro zahlte der Kreis 2008 an die Stadt Marburg für die Übernahme der Leistungen, die nun das GAZ erbringt. Fischbach geht in seiner aktuellen Kalkulation davon aus, dass der Kreis all diese Leistungen in eigener Regie innerhalb des GAZ für rund 672 000 Euro jährlich erbringen kann – inklusive Zins und Tilgung der Neubau-Kredite. „Warten wir's ab“, sagt Vaupel dazu: „Es kann nicht weniger sein, denn drei Stellen, die die Stadt bislang finanziert hat, muss der Kreis nun selbst bezahlen.“

Während sich der Landkreis bereits auf die neuen Anforderungen eingestellt hat, muss Marburg noch Veränderungen einleiten. So ist die Feuerwehreinheit zentrale an der Hauptfeuerwache Marburg noch im-

mer täglich rund um die Uhr besetzt, obwohl sie die Aufgaben der Rettungsleitstelle nicht mehr erfüllt. Vaupel will an dieser Dauerbesetzung festhalten. „Damit sich das auch rechnet, will ich bis zum Jahresende ein neues Modell erstellen“, berichtet er, denn eine eigene Leitstelle nur für Marburg Mitte werde es nicht geben. Der Oberbürgermeister denkt an die Einrichtung einer Service-Hotline, die den Bürgern der Stadt außerhalb der üblichen Bürozeiten in alltäglichen Notlagen weiterhelfen soll – von abgelaufenen Pässen kurz vor der Urlaubsreise bis hin zu verstopften Kanalrohren. „Wir sind auf dem Weg zur Auslastung der Stelle“, versichert Vaupel und verweist auf die Aufgaben, die die Mitarbeiter in der Feuerwehreinheit zentralen bereits gegenwärtig haben: beispielsweise von der Steuerung der Haustechnik in der Hauptfeuerwache über die Abfrage der städtischen Telefonanlage nach Dienstschluss im Rathaus bis hin zur Ausgabe und Annahme von Geräten für die Feuerwehrrund um die Uhr.

## Integration: Bericht zeugt von Defiziten

von Andreas Arlt

**Marburg.** „Wir sind ein Einwanderungsland, das muss auch deutschen Kindern beigebracht werden.“ Mit diesem Worten von Angelika Aschenbrenner (FDP) endete im Ausschuss für Familie, Jugend, Soziales, Arbeit und Gesundheit die Diskussion über den Integrationsbericht für den Landkreis Marburg-Biedenkopf.

Nach der monatelangen Sammlung von Daten aus unterschiedlichen Behörden, Organisationen und Vereinen stellte Claus Schäfer (Büro für Integration, Landkreis) die Ergebnisse der Befragung vor. Danach haben 21 Prozent der im Landkreis lebenden Menschen einen Migrationshintergrund. Der Großteil (40 Prozent) stammt aus der Türkei. Besonders groß ist der Anteil von Kindern aus Einwandererfamilien bei den unter Sechsjährigen (43 Prozent).

Besonders schlecht integriert sind Kinder mit Migrationshintergrund in Schulzweigen, bei denen ein höherer Abschluss erreicht werden kann. Lediglich knapp über acht Prozent der nicht-deutschen Schüler, die entweder keinen deutschen Pass haben oder deren Eltern aus dem Ausland nach Deutschland gezogen sind, erreichen das Abitur während 32 Prozent der deutschen Schüler die Hochschulreife erlangen.

Auch in Vereinen sind Migranten unterrepräsentiert. Bei der Befragung durch das Büro für Integration gaben 53 Prozent der Vereine an, Mitglieder aus Einwandererfamilien zu haben, der Durchschnitt in Hessen liegt bei 75 Prozent. Als größte Barrieren wurden kulturelle Unterschiede, fehlende Sprachkenntnisse und soziale Unterschiede angegeben.

„Es ist ein Problem, dass sich Kinder mit Migrationshintergrund im Kindergarten untereinander beispielsweise auf Türkisch unterhalten“, sagte Werner Waßmuth (CDU). Daher sei eine Mischung notwendig, um die sprachliche Entwicklung bereits in frühen Jahren zu fördern. „Es ist teuer, Kinder 30 Kilometer durch den Landkreis zu fahren, aber günstiger für die Gesellschaft und die Zukunft“, sagte Waßmuth, der feststellte, dass es zurzeit im Landkreis zu einer „Ghetto-Bildung“ komme, hauptsächlich in Stadtdorf. Deshalb könne es sinnvoll sein, Kinder mit Migrationshintergrund kreisweit auf Kindertagesstätten und Schulen zu verteilen.

„In der Gemeinde möchte ich nicht Bürgermeister sein, in der ich Kinder in eine andere Gemeinde zur Schule schicken soll“, sagte Stefan Bug (SPD).

Keine Mehrheit im Ausschuss fand ein Antrag der Fraktion Die Linke, in dem die Partei das Aussetzen von Sanktionen gegen Empfänger des Arbeitslosengeldes II fordert. Das derzeitige Existenzminimum sollte nicht durch Sanktionen herabgesetzt werden, so die Begründung von Heidi Boulnois. „Eine Aussetzung des Kreistags hätte keine Wirkung. Der Landkreis müsste es auf Grund der geltenden Gesetze trotzdem weiterhin so praktizieren“, erklärte der Erste Kreisbeigeordnete Dr. Karsten McGovern (Grüne). Der Antrag richte sich gegen geltendes Recht.

# Direkt nach dem Arzt kommt die Suchtberatung

Projekt „HaLt“ soll dem „Komasaufen“ im Landkreis künftig noch mehr Einhalt gebieten

von Björn-Uwe Klein

**Marburg.** „Es ist schön, dass unsere Stadt so oft zum Bersten voll ist, aber es gibt eben auch Auswüchse: Scherben, Pöbeleien und Vandalismus.“ Der Marburger Bürgermeister Dr. Franz Kahle (Grüne) bezog sich damit auf den exzessiven Alkoholkonsum von Jugendlichen in Marburg und Umgebung.

„Komasaufen“ stellt im Landkreis ein ernst zu nehmendes Problem dar. Deshalb läuft seit dem 1. März vergangenen Jahres das Projekt „HaLt – Hart am Limit“. Im Mittelpunkt steht eine schnellstmögliche Betreuung von Jugendlichen, die aufgrund einer Alkoholvergiftung in die Marburger Universitätsklinik für Kinder- und Jugendmedizin eingeliefert werden. Der Landkreis und die Stadt Marburg finanzieren das Projekt, das die Sucht- und Drogenberatungsstelle des Diakonischen Werks reaktiv umsetzt. Die Berater informieren noch im Krankenhaus die Jugendlichen, die we-



Jugendliche „Komatrinker“ greifen nicht nur zu Bier und Wein, sondern auch zu Hochprozentigem. Archivfoto

gen einer Alkoholvergiftung eingeliefert werden.

Zwischen dem 1. März und 31. Dezember 2009 suchte die Sucht- und Beratungsstelle 49 Jugendliche (32 Jungen, 17 Mädchen) in der Klinik auf, von denen ein Großteil zwischen 13

und 17 Jahre alt war. Seit Jahresbeginn 2010 wurden 22 Jugendliche aufgesucht, darunter 14 Jungen und 8 Mädchen, ebenfalls im Alter von 13 bis 17 Jahren. „Die Proberphase hat sich verändert“, erklärte Thomas Graf, Fachstelle für Suchtprä-

vention Marburg-Biedenkopf. Statt ihre ersten Erfahrungen im Umgang mit Alkohol durch den Konsum von Bier und Wein zu machen, stiegen viele Jugendliche heutzutage direkt mit Wodka ein.

Wie aus der Statistik des Diakonischen Werks hervorgeht, kam es außerhalb der Schulferien, also während der Schulzeit, zu den meisten Alkoholvergiftungen. Nach Einschätzung von Rolf Plauth, Leiter der Sucht- und Drogenberatungsstelle, verändert sich dies gerade. Zunehmend komme es nun auch an Werktagen zu Alkoholvergiftungen. Was die Anzahl der Alkoholvergiftungen angehe, sei glücklicherweise kein dramatischer Anstieg – wie noch vor zwei Jahren – feststellbar, erklärte Plauth.

Der Leiter der Universitätsklinik für Kinder- und Jugendmedizin, Professor Rolf Maier, zeigte sich vorsichtig optimistisch, dass ein „Plateau“ erreicht und der dramatische Anstieg der letzten drei Jahre gestoppt sei.

Er hob den Stellenwert der Direktberatung hervor: „Es macht keinen Sinn, den Jugendlichen zu sagen: Geht in 14 Tagen zur Beratung.“ Denn dann sei die Bereitschaft zu diesem Schritt nicht mehr vorhanden. „Die Beratung muss sofort stattfinden. Ohne lassen wir keinen Jugendlichen mehr gehen.“

Der Erste Kreisbeigeordnete Dr. Karsten McGovern (Grüne) freute sich über die gute Zusammenarbeit aller Beteiligten: „Wir haben hierbei auf bestehende und funktionierende Strukturen zurückgegriffen.“

Ab Sommer läuft das Projekt in erweiterter Form: Mit „HaLt – proaktiv“ wollen die Initiatoren einen Schwerpunkt auf die Information und Beratung regionaler und lokaler Arbeitskreise legen. Das bedeutet konkret: Mehr Gespräche sollen dort stattfinden, wo Jugendliche sich treffen. Die konsequente Durchsetzung des Jugendschutzes und die Fortbildung von Multiplikatoren gehören zu den Zielen.

### KONTAKT

Carina Becker  
0 64 21 / 40 93 41  
Franz-Tuczek-Weg 1  
35039 Marburg  
E-Mail: landkreis@op-marburg.de